

Geisterfahrt der Landesregierung in der Steuerpolitik beenden (Plenarsitzung vom 04.02.2010)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Freimuth. – Es spricht nun der Abgeordnete Sagel.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN – Unruhe)

Rüdiger Sagel*) (fraktionslos): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vielleicht kehrt hier etwas Ruhe ein.

Die neue Bundesregierung hat, kaum im Amt, eines der folgenreichsten Gesetzespakete verabschiedet, das die Bundesrepublik je gesehen hat. Offiziell heißt es „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“. Es müsste aber eigentlich „Armutsbeschleunigungsgesetz“ heißen. Für NRW heißt das laut Finanzminister Linssen: 885 Millionen € Belastung. Doch es wird wohl letztendlich wesentlich mehr werden.

Zudem sind die Kommunen in Nordrhein-Westfalen – und nicht nur in Nordrhein-Westfalen – weitgehend pleite. Sie müssen jetzt Sozialabbau betreiben, zum Beispiel Schwimmbäder und Kultureinrichtungen schließen. Der eigentliche Hammer ist aber die damit verbundene Klientelpolitik; man könnte es auch „gekaufte Politik“ nennen. 12 Prozentpunkte Mehrwertsteuersenkung für Hotels und 1 Milliarde € Steuermindereinnahmen wurden gekauft mit einer Spende von 1 Million € an die FDP sowie einer Spende an die CSU von den Mövenpick-Eignern. So weit, so schlecht.

In NRW hatte diese politische Selbstbedienung durchschlagende Wirkung. Die Umfragewerte der FDP sanken dramatisch auf existenzgefährdende Werte. Die NRW-Vielredner Rüttgers und Pinkwart kritisieren nun die Mehrwertsteuersenkung für Hotels und machen Wahlkampf gegen die eigene Koalition, bis ihnen von den eigenen Leuten die Rote Karte gezeigt wurde.

Sie kritisieren die schwarz-gelbe Mehrwertsteuersenkung für Hotels, die sie selbst hätten verhindern können. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Rüttgers und sein Vize Pinkwart sind ja nicht ohne Einfluss. Denn nicht nur Jürgen Rüttgers, sondern auch Andreas Pinkwart hat genügend Ämter, in denen er eine Mehrwertsteuersenkung für Hotels hätte verhindern können. Pinkwart ist stellvertretender FDP-Vorsitzender, hat aber bei den Koalitionsverhandlungen für die Steuersenkung gefochten. Pinkwart ist stellvertretender Ministerpräsident der Landesregierung in Düsseldorf, die im Bundesrat aber für die Steuersenkung stimmte. Außerdem hält Pinkwart noch das inoffizielle Amt eines liberalen Vielsprechers, weshalb in früheren Interviews leicht nachzulesen ist, wie toll er die Steuersenkung immer fand.

Jetzt aber fällt nicht nur die Mehrwertsteuer für Hotels, sondern auch die FDP in den Umfragen. Pinkwart kommt das ungelegen, weil er für die Liberalen auch Wahlkämpfer in NRW ist. Er sagt, es

sei gute Politik, ein schlechtes Gesetz zu korrigieren. Aber er verschweigt, dass fast alle Experten dieses Gesetz von Anfang an für schlecht hielten und gute Politik darin bestanden hätte, gleich darauf zu verzichten.

Rüttgers und Pinkwart spiegeln freilich auch den Zustand der schwarz-gelben Koalition in Berlin wider, die eine Katastrophe ist. In Nordrhein-Westfalen ist das besonders delikat, weil am 9. Mai die Landtagswahlen anstehen. Wenn man sich die geplanten Steuersenkungen auf Pump einmal genauer anschaut, sieht man nicht Wachstum und Wohlstand für alle, sondern das Gegenteil: Diese Maßnahmen kommen vor allem den Besserverdienenden zugute. Eine Familie mit drei Kindern und hohem Einkommen erzielt 200 € netto mehr. Familien mit mittlerem oder geringem Einkommen profitieren so gut wie gar nicht. Geringverdienende, Rentner, Arbeitslose und Hartz-IV-Empfänger, die geringe oder gar keine Steuern zahlen, profitieren von den Steuersenkungen überhaupt nicht. Das ist die Realität.

Unter dem Strich kommen die geplanten Steuersenkungen Besserverdienenden, Vermögenden, Erben sowie den Konzernen zugute – jenen also, die mehr Netto vom Brutto nicht in Kaufkraft umsetzen, sondern lieber spekulieren. Das Binnenwachstum wird dadurch nicht gestärkt, zumal weitere negative Effekte oder Umverteilungen zu Buche schlagen. Nach dem Willen von Schwarz-Gelb wird es keinen gesetzlichen Mindestlohn geben. Für die Miet- und Mietnebenkosten von Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfängern soll künftig eine Pauschale gelten. Sind die Kosten höher, müssen die Hartz-IV-Beziehenden die Differenz aus ihrem Regelsatz bezahlen. Wie sie das tun sollen, weiß kein Mensch.

Die Steuersenkungen der Bundesregierung müssen zudem auf Pump finanziert werden. Der Abbau dieser Schuldenlasten basiert allein auf dem Prinzip Hoffnung, das Wachstum heißt. Bleibt es aus, womit in der längst nicht überwundenen Krise zu rechnen ist, dann müssen Schulden mit weiteren Schulden und mit Trickereien – das sehen wir jeden Tag auch bei der Landesregierung, für die Herr Linssen als Finanzminister steht – wie Neben- und Schattenhaushalten finanziert werden.

Die Maßnahmen haben weitere Folgen. Die von der Bundesregierung geplanten Steuersenkungen werden zu einem großen Teil von den Ländern und Kommunen finanziert. Das schwächt den Staat in seiner Funktion als Investor in Infrastruktur, Bildung, Energiewende oder Verkehr. Der Staat wird also dort verschlankt, wo er für die Bürger besonders wichtig ist. So zahlen am Ende die abhängig Beschäftigten, die Rentnerinnen und Rentner, die Kranken und die Arbeitslosen nicht nur die Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise, sondern obendrein auch noch die Folgen einer völlig verfehlten Steuersenkungspolitik der schwarz-gelben Bundesregierung.

Als Linker sage ich nur: Original sozial – auch nach der Wahl! Dafür steht die Linke. – Diese Bundesregierung ist eine Katastrophe.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Sagel, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Rüdiger Sagel* (fraktionslos): Was Sie hier machen, ist Sozialabbau pur. Das ist Ihre Politik, und dafür werden Sie am 9. Mai die Rechnung bekommen.

Präsidentin Regina van Dinther: Meine Damen und Herren, das war der Abgeordnete Sagel. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Finanzminister Dr. Linssen.